

19.05.99

Antrag

des Freistaats Thüringen

Entschließung des Bundesrates zur Änderung des Beruflichen Rehabilitierungsgesetzes (BerRehaG)

- Antrag des Freistaates Sachsen -

Punkt 14 der 738. Sitzung des Bundesrates am 21. Mai 1999

Der Bundesrat möge die Entschließung in der folgenden Fassung annehmen:

Die von der Bundesregierung angekündigten Verbesserungen der SED-Unrechtsbereinigungsgesetze, insbesondere die Fristverlängerung der Rehabilitierungsgesetze (StrRehaG, VwRehaG, BerRehaG), die geplante Erhöhung der Kapitalentschädigung für ehemalige politische Häftlinge sowie die Beseitigung von Schwierigkeiten bei der Anerkennung haftbedingter Gesundheitsschäden, werden begrüßt.

1. Die Bundesregierung wird gebeten darüber hinaus zu prüfen, inwieweit durch Verbesserungen für Opfer von SED-Willkür im Rahmen des Beruflichen Rehabilitierungsgesetzes, auch vor dem Hintergrund der aktuellen Urteile des Bundesverfassungsgerichtes zur Verfassungsmäßigkeit der Überführung von Ansprüchen und Anwartschaften aus Zusatzversorgungssystemen der DDR in die gesetzliche Rentenversicherung, eine deutliche Gewichtung des SED-Unrechts in unserer Gesellschaft zu Gunsten der Opfer herbeizuführen ist.

Aus Sicht der Betroffenen hat sich nach den Urteilen des Bundesverfassungsgerichtes die rentenrechtliche Ungleichbehandlung von Tätern und Opfern verstärkt. Die SED-Opfer setzen in die Novellierung der SED-Unrechtsbereinigungsgesetze hohe Erwartungen.

2. Der Personenkreis der verfolgten Schüler (§ 3 BerRehaG) ist nach der zurzeit geltenden Rechtslage vom rentenrechtlichen Nachteilsausgleich (vierter Abschnitt des BerRehaG) ausgeschlossen. Dies betrifft besonders schwer wiegend die Gruppe der zu DDR-Zeiten politisch inhaftierten oder nachweislich von einer Ausbildung an einer zur Hochschulreife führenden Bildungseinrichtung ausgeschlossenen Schüler. Bei ihnen wurde bereits in jungen Jahren durch politisch bedingte Maßnahmen massiv in das berufliche Weiterkommen eingegriffen. Deshalb ist es nur sachgerecht, dass dieser Personenkreis voll in den rentenrechtlichen Nachteilsausgleich mit einbezogen wird.

Die Bundesregierung wird daher gebeten, bei der Novellierung der Rehabilitierungsgesetze auch die Rechtsstellung der in der DDR politisch verfolgten Schüler zu verbessern.